

Beschlussprotokoll gemäß § 96 der Geschäftsordnung

der 47. Sitzung des Landtages Brandenburg
am Mittwoch, dem 28. Juni 2017

Der Landtag hat die Tagesordnung einstimmig beschlossen.

TOP 1 - Aktuelle Stunde

Thema:

Den Regionalverkehr (SPNV) für eine nachhaltige Landesentwicklung stärken

Antrag der SPD-Fraktion

Drucksache 6/6821

vom 20.06.2017

Die Aktuelle Stunde wurde durchgeführt.

Entschließungsantrag

der CDU-Fraktion

Drucksache 6/6872

vom 27.06.2017

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/6879

vom 27.06.2017

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

TOP 2 - Fragestunde

Drucksache 6/6860

vom 26.06.2017

Drucksache 6/6837

vom 23.06.2017

Die Fragestunde hat stattgefunden. Die Mündlichen Anfragen 959 bis 969 und 971 bis 983 wurden durch die Landesregierung schriftlich beantwortet. Die Mündliche Anfrage 970 wurde durch die Fragestellerin zurückgezogen.

TOP 3 - Gesetz zur Funktionalreform 2020 im Land Brandenburg (Funktionalreformgesetz 2020 - FRG 2020)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 6/6775

vom 14.06.2017

1. Lesung

Der Gesetzentwurf wurde an den Ausschuss für Inneres und Kommunales - federführend -, an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport, an den Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz, an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen, an den Ausschuss für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft und an den Rechtsausschuss überwiesen.

in Verbindung damit:

Gesetz zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg und zur Änderung anderer Gesetze

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 6/6776

vom 14.06.2017

1. Lesung

Änderungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/6840

vom 22.06.2017

Der Gesetzentwurf wurde an den Ausschuss für Inneres und Kommunales überwiesen. Gemäß § 48 Absatz 2 Satz 1 der Geschäftsordnung des Landtages gilt der Änderungsantrag als mitüberwiesen.

und

Relevanz eines Volksentscheides gegen die Kreisgebietsreform

Antrag der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/6812, Neudruck

vom 20.06.2017

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

TOP 4 - Einrichtung eines Runden Tisches für ein lösungsorientiertes Konzept zur Bekämpfung der Armut in Brandenburg

Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache 6/6774

vom 14.06.2017

Änderungsantrag
der CDU-Fraktion
Drucksache 6/6875
vom 27.06.2017

Der Landtag lehnte den Änderungsantrag ab.

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

TOP 5 - Alle Alt- und Neuanschießer gerecht behandeln: Keine weitere Verschleppung der Rückzahlungen

Antrag der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe
Drucksache 6/6803
vom 19.06.2017

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

TOP 6 - Gesetz zur Regelung der Amtszeiten der Landrätinnen und Landräte vor den allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 (Amtszeitenregelungsgesetz - AmtszeitenRG)

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 6/6519
vom 02.05.2017
2. Lesung

***Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses
für Inneres und Kommunales***
Drucksache 6/6855
vom 26.06.2017

Der Landtag nahm das Gesetz in 2. Lesung an.

Gemäß § 46 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Landtages findet eine 3. Lesung statt.

Der zu diesem Beratungspunkt eingereichte Entschließungsantrag der CDU-Fraktion (Drucksache 6/6874) wird gemäß § 40 Absatz 2 Satz 2 der Geschäftsordnung des Landtages bis zur Schlussabstimmung des Gesetzes zurückgestellt.

TOP 7 - Fünftes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 6/6045
vom 17.02.2017
2. Lesung

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 6/6839
vom 22.06.2017

Der Landtag lehnte den Änderungsantrag ab.

Änderungsantrag
der CDU-Fraktion
Drucksache 6/6873
vom 27.06.2017

Der Landtag lehnte den Änderungsantrag ab.

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses
für Bildung, Jugend und Sport**
Drucksache 6/6854
vom 26.06.2017

Der Landtag nahm das Gesetz in 2. Lesung an.

Gemäß § 46 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Landtages findet eine 3. Lesung statt. Zur Vorbereitung der 3. Lesung wurde das Gesetz an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport überwiesen.

Der zu diesem Beratungspunkt eingereichte Entschließungsantrag der AfD-Fraktion (Drucksache 6/6884) wird gemäß § 40 Absatz 2 Satz 2 der Geschäftsordnung des Landtages bis zur Schlussabstimmung des Gesetzes zurückgestellt.

**TOP 8 - Gesetz über die Brandenburgische Kulturstiftung Cottbus-Frankfurt
(Oder) (Brandenburgisches Kulturstiftungsgesetz-KultStG)**
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 6/6523
vom 02.05.2017
2. Lesung

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses
für Wissenschaft, Forschung und Kultur**
Drucksache 6/6862
vom 26.06.2017

Der Landtag verabschiedete das Gesetz.

TOP 9 - Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg
Gesetzentwurf der AfD-Fraktion
Drucksache 6/6762
vom 12.06.2017
1. Lesung

Der Landtag lehnte den Gesetzentwurf in 1. Lesung ab; damit hat sich der Gesetzentwurf erledigt.

TOP 10 - Linksextremismus im Land Brandenburg

Große Anfrage 20 der AfD-Fraktion

Drucksache 6/5391

vom 07.11.2016

Antwort der Landesregierung

Drucksache 6/6052

vom 17.02.2017

Der Landtag nahm die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 20 zur Kenntnis.

Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion

Drucksache 6/6893

vom 27.06.2017

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

TOP 11 - Rechnung der Präsidentin des Landtages Brandenburg für das Rechnungsjahr 2014

(gemäß § 114 der Landeshaushaltsordnung)

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushaltskontrolle

Drucksache 6/6734

vom 08.06.2017

Der Landtag nahm die Beschlussempfehlung an.

in Verbindung damit:

Rechnung des Präsidenten des Verfassungsgerichtes des Landes Brandenburg für das Rechnungsjahr 2014

(gemäß § 114 der Landeshaushaltsordnung)

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushaltskontrolle

Drucksache 6/6735

vom 08.06.2017

Der Landtag nahm die Beschlussempfehlung an.

und

Rechnung des Landesrechnungshofes Brandenburg für das Rechnungsjahr 2014

(gemäß § 101 der Landeshaushaltsordnung)

***Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses
für Haushaltskontrolle
Drucksache 6/6736
vom 08.06.2017***

Der Landtag nahm die Beschlussempfehlung an.

und

Haushaltsrechnung und Vermögensnachweis für das Haushaltsjahr 2014
(gemäß § 114 der Landeshaushaltsordnung)
Bericht des Ministers der Finanzen
Drucksache 6/3020
vom 16.11.2015

und

Jahresbericht 2016 des Landesrechnungshofes Brandenburg
Bericht des Landesrechnungshofes
Drucksache 6/5550
vom 02.12.2016

***Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses
für Haushaltskontrolle
Drucksache 6/6757
vom 08.06.2017***

Der Landtag nahm die Beschlussempfehlung an.

und

**Bericht der Präsidentin des Landtages Brandenburg gemäß § 22 des Abgeord-
netengesetzes**
Bericht der Präsidentin des Landtages
Drucksache 6/5737
vom 20.12.2016

Der Landtag nahm den Bericht der Präsidentin des Landtages zur Kenntnis.

**TOP 12 - Früherkennung und Prävention von Diabetes mellitus weiter voran-
treiben**
Antrag der CDU-Fraktion
Drucksache 6/6687
vom 30.05.2017

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

in Verbindung damit:

Diabetes mellitus / Typ-2 in Brandenburg: Volkskrankheit Diabetes entgegenwirken

Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/6815

vom 20.06.2017

Der Landtag nahm den Antrag an.

TOP 13 - Forst- und Personalwirtschaft auf einen grünen Zweig rücken - Personalentwicklungskonzept für den Landesbetrieb Forst erarbeiten

Antrag der CDU-Fraktion

Drucksache 6/6768

vom 13.06.2017

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

TOP 14 - Wahl der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht

Antrag mit Wahlvorschlag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/6883

vom 27.06.2017

Der Landtag nahm den Antrag in geheimer Abstimmung mit 66 Jastimmen, 12 Neinstimmen und 3 Stimmenthaltungen an und wählte Frau Dagmar Hartge als Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht.

TOP 15 - Wahl der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Antrag mit Wahlvorschlag des Hauptausschusses

Drucksache 6/6832

vom 21.06.2017

Der Landtag nahm den Antrag in geheimer Abstimmung mit 60 Jastimmen, 20 Neinstimmen und 1 Stimmenthaltung an und wählte Frau Dr. Maria Nooke als Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur.

Britta Stark
Die Präsidentin

Anlagen

zum Beschlussprotokoll 6/47

gemäß § 96 der Geschäftsordnung

der 47. Sitzung des Landtages Brandenburg

Beschluss des Landtages Brandenburg

Rechnung der Präsidentin des Landtages Brandenburg für das Rechnungsjahr 2014

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 47. Sitzung am 28. Juni 2017 zum TOP 11 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Präsidentin des Landtages Brandenburg wird für die Rechnung für das Rechnungsjahr 2014 gemäß § 114 der Landeshaushaltsordnung in Verbindung mit Artikel 106 der Verfassung des Landes Brandenburg die Entlastung erteilt.“

Britta Stark
Die Präsidentin

Beschluss des Landtages Brandenburg

Rechnung des Präsidenten des Verfassungsgerichtes des Landes Brandenburg für das Rechnungsjahr 2014

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 47. Sitzung am 28. Juni 2017 zum TOP 11 folgenden Beschluss gefasst:

„Dem Präsidenten des Verfassungsgerichtes des Landes Brandenburg wird für die Rechnung für das Rechnungsjahr 2014 gemäß § 114 der Landeshausordnung in Verbindung mit Artikel 106 der Verfassung des Landes Brandenburg die Entlastung erteilt.“

Britta Stark
Die Präsidentin

Beschluss des Landtages Brandenburg

Rechnung des Landesrechnungshofes Brandenburg für das Rechnungsjahr 2014

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 47. Sitzung am 28. Juni 2017 zum TOP 11 folgenden Beschluss gefasst:

„Dem Landesrechnungshof Brandenburg wird gemäß § 101 der Landeshaushaltsordnung für die Rechnung für das Rechnungsjahr 2014 die Entlastung erteilt.“

Britta Stark
Die Präsidentin

Beschluss des Landtages Brandenburg

**Haushaltsrechnung und Vermögensnachweis
für das Haushaltsjahr 2014 und**

**Jahresbericht 2016
des Landesrechnungshofes Brandenburg**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 47. Sitzung am 28. Juni 2017 zum TOP 11 folgenden Beschluss gefasst:

- „1. Die vom Ausschuss für Haushaltskontrolle festgestellten Sachverhalte, die Beschlüsse über einzuleitende Maßnahmen und die dafür gesetzten Termine werden gemäß § 114 der Landeshaushaltsordnung bestätigt.
2. Der Landesregierung wird gemäß § 114 der Landeshaushaltsordnung in Verbindung mit Artikel 106 der Verfassung des Landes Brandenburg für die Haushaltsrechnung und den Vermögensnachweis in Bezug auf das Haushaltsjahr 2014 (Drucksache 6/3020) im Zusammenhang mit dem Jahresbericht 2016 des Landesrechnungshofes Brandenburg (Drucksache 6/5550) die Entlastung erteilt.“

Britta Stark
Die Präsidentin

Beschluss des Landtages Brandenburg

Diabetes mellitus / Typ-2 in Brandenburg: Volkskrankheit Diabetes entgegenwirken

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 47. Sitzung am 28. Juni 2017 zum TOP 12 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag stellt fest:

Deutschlandweit belegen empirische Daten, dass die Zahl der Neuerkrankungen von Diabetes mellitus zunimmt und sich das Alter der Erstdiagnose mehr und mehr hin zu jüngeren Jahrgängen verschiebt. Diabetes mellitus Typ 2 ist eine Volkskrankheit, die durch die soziale Lage und die damit verknüpften Risikofaktoren in hohem Maße beeinflusst wird. Ihr Auftreten wird durch ein Zusammenspiel von genetischen und erworbenen Risikofaktoren beeinflusst. Einen signifikanten Einfluss haben die Lebensstilbedingten Risikofaktoren.

Zur Problemlösung benötigen wir geeignete Konzepte und Handlungsstrategien. Auch wenn das Gesundheitsverhalten einen großen Einfluss auf die Entstehung und den weiteren Verlauf der Krankheit hat, wäre es unangemessen und verkürzt, allein zu einer Änderung des Verhaltens aufzurufen. Appelle allein sind nicht wirksam, können aber Beschämung und Demoralisierung provozieren.

Die Krankheit Diabetes mellitus Typ 2 ist bei den nationalen Gesundheitszielen benannt. Eine nationale Diabetes-Surveillance befindet sich derzeit im Aufbau. Unser gemeinsames Ziel ist es, durch nachweislich wirksame Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Früherkennung das Erkrankungsrisiko zu senken. Eine Grundlage dafür bietet das Präventionsgesetz, das auch auf die Primärprävention Diabetes zielt. Um bedarfsgerechte Beratungs- und Versorgungsstrukturen im Land Brandenburg sicherzustellen, bedarf es umfassender Informationen über die Krankheits- und Versorgungssituation zum Diabetes mellitus Typ 2 in Brandenburg.

Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bis zum 1. Quartal 2019 eine Expertise zum Stand des Diabetes mellitus in Brandenburg zu erarbeiten. Vor dem Hintergrund der Entwicklungen auf Bundesebene, beispielsweise die nationale Diabetes-Surveillance, und dem Sachverhalt, dass die aktuell verfügbaren Daten noch keine differenzierten Analysen zulassen, sollte der Bericht die Datenlage zusammenfassend darstellen. Es sollten weiterhin einerseits die evidenzbasierten Strategien zur Reduktion von Folgeerkrankungen des Diabetes mel-

litis skizziert werden (Stichworte: Früherkennung und Behandlung; Erblindungen und Amputationen; Disease-Management-Programme, Umsetzung der Nationalen Versorgungsleitlinie Typ-2-Diabetes) und andererseits die nachweislich wirksamen Strategien zur Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung genannt werden. Weiterhin sind die Verantwortung tragenden Institutionen und Akteure in Gesundheitswesen und Gesellschaft zu benennen.

Der Bericht soll Antwort geben über:

1. die Relevanz von Diabetes mellitus aus interdisziplinärer Perspektive, in Abgrenzung zu den anderen Volkskrankheiten und für das Land Brandenburg im Besonderen;
2. Daten der Versorgungs- und Behandlungsstrukturen einschließlich Beratungsmöglichkeiten in Brandenburg, hier insbesondere:
 - ambulante, stationäre und rehabilitative bzw. sektorenübergreifende Versorgungsstrukturen einschließlich der Schulungs- und Fortbildungsangebote für Ärzte und Therapeuten,
 - Qualität der Versorgung,
 - psychosoziale Versorgungs- und Beratungsangebote;
3. diabetesbezogene Aktivitäten im Land Brandenburg, einschließlich Maßnahmen zur Stärkung der Gesundheitskompetenz und krankheitsbezogenen Selbsthilfe, sowie mögliche Forschungsschwerpunkte des Gesundheitscampus Brandenburg.

Die Landesregierung möge prüfen, welche Schlüsse und Maßnahmen auf Grundlage des Berichtes zu treffen sind, um eine qualitativ hochwertige Versorgung sicherzustellen sowie präventiv eine Verringerung der Neuerkrankungen zu erreichen.

Darüber hinaus soll sich die Landesregierung auf Bundesebene beim Aufbau einer Diabetes-Surveillance (indikatorgestütztes periodisches Berichtswesen mit epidemiologischen und Versorgungsdaten) dafür einsetzen, dass auch regionale Analysen möglich werden.“

Britta Stark
Die Präsidentin

Beschluss des Landtages Brandenburg

Wahl der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 47. Sitzung am 28. Juni 2017 zum TOP 14 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag wählt in geheimer Abstimmung mit 66 Jastimmen, 12 Neinstimmen und 3 Stimmenthaltungen Frau Dagmar Hartge als Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht.“

Britta Stark
Die Präsidentin

Beschluss des Landtages Brandenburg

Wahl der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 47. Sitzung am 28. Juni 2017 zum TOP 15 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag wählt in geheimer Abstimmung mit 60 Jastimmen, 20 Neinstimmen und 1 Stimmenthaltung Frau Dr. Maria Nooke als Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur.“

Britta Stark
Die Präsidentin